



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses
am 17.11.2021**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 18:43 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Christoph Bergner	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Mario Lochmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	Vertreter für Frau Dr. Brock
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	Teilnahme bis 18:43 Uhr
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Dörte Jacobi	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
	Vertreterin für Herrn Wolter
	Teilnahme ab 16:08 Uhr
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
	Vertreterin für Herrn Eigendorf
	Teilnahme bis 16:20 Uhr
Andreas Wels	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
	Teilnahme bis 18:00 Uhr
Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)

Verwaltung

Egbert Geier	Bürgermeister
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete für Kultur und Sport
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Oliver Paulsen	Grundsatzreferent des Oberbürgermeisters
Marco Schreyer	Leiter Fachbereich Recht
Maik Stehle	Protokollführer

Gäste

Matthias Lux	Vorsitzender Geschäftsführer Stadtwerke Halle GmbH
Olaf Schneider	Geschäftsführer der EVH Halle GmbH
Maria Schubert	HalleZero e.V.

Entschuldigt fehlten:

Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Tom Wolter	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

zu Einwohnerfragestunde

Herr Bürgermeister Geier eröffnete die Einwohnerfragestunde.

zu Fragesteller zum Antwortverhalten der Verwaltung

Fragesteller bezog sich auf die Stadtmarketing GmbH und bemängelte die fehlende Transparenz bei Zahlungsvorgängen. Zu seiner vergangenen Anfrage dazu, hat er bereits eine schriftliche Antwort seitens der Verwaltung erhalten, die seine Fragen aus seiner Sicht nicht klären. Er fragte daher, in welcher Form er in die Unterlagen zu Zahlungen an die Stadtverwaltung seitens der Stadtmarketing GmbH Einsicht nehmen kann und in welcher Form die Stadtmarketing GmbH die vereinbarten 30 % der Entgelteinnahmen an das Stadtmuseum leistet.

Herr Bürgermeister Geier sagte eine Prüfung zu.

Fragesteller bezog sich im Folgenden auf seine vergangenen Anfragen zur Straßenreinigungsgebührensatzung und die für ihn unzureichende Antwort der Verwaltung. Er übergab im Anschluss die Unterlagen zur Prüfung des Sachverhaltes.

Herr Bürgermeister Geier sagte eine Prüfung zu.

Da es keine weiteren Einwohnerfragen gab, beendete **Herr Bürgermeister Geier** die Einwohnerfragestunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Bürgermeister Geier** eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bürgermeister Geier schlug vor, folgende Punkte von der Tagesordnung zu nehmen:

TOP 5.1

Wirtschaftsplan 2022 Eigenbetrieb Kindertagesstätten Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VII/2021/02786

- **Vorschlag: absetzen**
- **gleiche Voten in den Fachausschüssen**

TOP 6.1

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Open-Air-Kulturveranstaltungen ohne vorherige Anmeldung

Vorlage: VII/2021/03064

- **Beratung in den Fachausschüssen nicht abgeschlossen**
- **Vorschlag: vertagen**

TOP 6.3 + Änderungsantrag TOP 6.3.1

Antrag der Fraktionen MitBürger & Die PARTEI, DIE LINKE und Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Wiedereinrichtung eines städtischen Forstamtes

Vorlage: VII/2021/02659

- **Beratung in den Fachausschüssen nicht abgeschlossen**
- **Vorschlag: vertagen**

TOP 6.5

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zum Einsatz von aufgehelltem Asphalt

Vorlage: VII/2021/03048

- **Vorschlag: absetzen**
- **gleiche Voten in den Fachausschüssen**

TOP 6.7

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Ertüchtigung und Sanierung der Radinfrastruktur

Vorlage: VII/2021/03094

- **Vorschlag: absetzen**
- **gleiche Voten in den Fachausschüssen**

TOP 6.8

Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Ausweisung von Stellflächen für E-Scooter an Knotenpunkten

Vorlage: VII/2021/02778

- **Beratung in den Fachausschüssen nicht abgeschlossen**
- **Vorschlag: vertagen**

Herr Bürgermeister Geier wies im Folgenden auf einen Dringlichkeitsantrag hin, der zur Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung vorliegt.

Herr Wels begründete den Dringlichkeitsantrag vor dem Hintergrund der aktuellen Pandemielage und bat um Zustimmung.

Herr Heym sprach sich gegen den Dringlichkeitsantrag aus, da dieser aus seiner Sicht nicht gemäß Pandemielage umsetzbar ist, da er zu ungenau formuliert wurde.

Herr Bürgermeister Geier bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung.

Dringlichkeitsantrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zu 3G im Stadtrat und seinen Gremien
Vorlage: VII/2021/03385

Abstimmungsergebnis:

2/3 Mehrheit nicht erreicht
4 Ja / 3 Nein / 4 Enthaltungen

Frau Ranft wies darauf hin, dass zur Stadtratssitzung ein gemeinsamer Änderungsantrag mehrerer Fraktionen zu dieser Thematik vorbereitet wird.

- 5.2.4. Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Beschlussvorlage Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse
Vorlage: VII/2021/02907 **ZURÜCKGEZOGEN**
- 5.2.5. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse VII/2021/02811
Vorlage: VII/2021/03130
- 5.2.6. Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MitBürger & Die PARTEI, Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER, SPD und Freie Demokraten zur Beschlussvorlage Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse
Vorlage: VII/2021/03333
- 5.2.7. Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse (VII/2021/02811)
Vorlage: VII/2021/03383
- 5.2.8. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse (Vorlagen-Nummer: VII/2021/02811)
Vorlage: VII/2021/03389
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Open-Air-Kulturveranstaltungen ohne vorherige Anmeldung
Vorlage: VII/2021/03064 **VERTAGT**
- 6.2. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Stärkung des gesellschaftlichen Engagements im Zivil- und Katastrophenschutz
Vorlage: VII/2021/02740
- 6.3. Antrag der Fraktionen MitBürger & Die PARTEI, DIE LINKE und Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Wiedereinrichtung eines städtischen Forstamtes
Vorlage: VII/2021/02659 **VERTAGT**
- 6.3.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktionen MitBürger & Die PARTEI, DIE LINKE und Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Wiedereinrichtung eines städtischen Forstamtes VII/2021/02659
Vorlage: VII/2021/03376 **VERTAGT**
- 6.4. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Teilnahme am STADTRADELN im Jahr 2022
Vorlage: VII/2021/03219
- 6.5. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zum Einsatz von aufgehelltem Asphalt
Vorlage: VII/2021/03048 **ABGESETZT**

- 6.6. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion MitBürger & Die PARTEI und der Fraktion DIE LINKE zur Bewerbung für das EU-Programm zur Klimaneutralität bis 2030
Vorlage: VII/2021/03277
- 6.7. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Ertüchtigung und Sanierung der Radinfrastruktur
Vorlage: VII/2021/03094 **A B G E S E T Z T**
- 6.8. Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Ausweisung von Stellflächen für E-Scooter an Knotenpunkten
Vorlage: VII/2021/02778 **V E R T A G T**
- 6.9. Antrag der Fraktion der Freien Demokraten (FDP) zur Prüfung der Zulassung von Bürohunden
Vorlage: VII/2021/02826
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1. Mitteilung zur Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Radweg in der Wörmitzer Straße
Vorlage: VII/2021/03201
- 8.2. Mitteilung zur Anregung der AfD- Stadtratsfraktion zur sofortigen Freigabe der Nordstraße für den öffentlichen Straßenverkehr
Vorlage: VII/2021/03172
- 8.3. Mitteilung zur Anregung der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Erarbeitung eines Solarleitfadens
Vorlage: VII/2021/03223
- 8.4. Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Dörte Jacobi (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) zur Einrichtung eines Warnschildes in Trotha
Vorlage: VII/2021/03224
- 8.5. Mitteilung zur Anregung der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Steigerung der Sicherheit auf dem Marktplatz
Vorlage: VII/2021/03187
- 8.6. Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterstützung der Gastronomie durch Einrichtung von „Parklet“-Flächen
Vorlage: VII/2021/02745
- 8.7. Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Errichtung von Sitzbänken rund um den Niedersachsenplatz
Vorlage: VII/2021/03205
- 8.8. Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu alternativ betriebenen Bussen
Vorlage: VII/2021/03206

- 8.9. Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bodenleitsystem auf dem Marktplatz
Vorlage: VII/2021/03207
- 8.10. Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Gefahrensituation am Robert-Franz-Ring und am Steintor
Vorlage: VII/2021/03216
- 8.11. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Kay Senius (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zum Stadion 6
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen
11. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 11.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 20.10.2021
12. Beschlussvorlagen
- 12.1. Zahlung einer übertariflichen Arbeitsmarktzulage
Vorlage: VII/2021/03255
13. Anträge von Fraktionen und Stadträten
14. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Mitteilungen
16. Beantwortung von mündlichen Anfragen
17. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 20.10.2021

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 20.10.2021.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es gab keine nicht öffentlichen Beschlüsse zur Veröffentlichung.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.2 **Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse**
Vorlage: VII/2021/02811

zu 5.2.1 **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage - Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse Vorlagen Nr.: VII/2021/02811 –**
Vorlage: VII/2021/02900

zu 5.2.2 **Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum § 3 Abs. 3 der Beschlussvorlage - Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse Vorlagen Nr.: VII/2021/02811**
Vorlage: VII/2021/02910

zu 5.2.3 **Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum § 17 Abs. 2 der Beschlussvorlage - Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse Vorlagen Nr.: VII/2021/02811**
Vorlage: VII/2021/02911

zu 5.2.5 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse VII/2021/02811**
Vorlage: VII/2021/03130

zu 5.2.6 **Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MitBürger & Die PARTEI, Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER, SPD und Freie Demokraten zur Beschlussvorlage Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse**
Vorlage: VII/2021/03333

zu 5.2.7 **Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse (VII/2021/02811)**
Vorlage: VII/2021/03383

zu 5.2.8 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse (Vorlagen-Nummer: VII/2021/02811)**
Vorlage: VII/2021/03389

– Auf Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) erfolgt zu diesen Tagesordnungspunkten ein Wortprotokoll –

Herr Bürgermeister Geier

Dann gehen wir weiter zu dem Tagesordnungspunkt 5 und da rufe ich auf den Tagesordnungspunkt 5.2 Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse und da gebe ich dem Herrn Schreyer das Wort.

Herr Schreyer

Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben, nachdem ja die Fraktion MitBürger jetzt ihren Änderungsantrag zurückgezogen hat, insgesamt noch sieben vorliegende Änderungsanträge zur Beschlussvorlage, davon drei neue, über die wir hier noch nicht gesprochen haben. Das ist zum einen der fraktionsübergreifende Änderungsantrag ohne die AfD-Fraktion unter 5.2.6. Dann haben wir zwei relativ frische Änderungsanträge: Einmal von der Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler unter 5.2.7, der nochmal geändert wurde, und der SPD-Änderungsantrag unter 5.2.8.

Wir haben zu allen Änderungsanträgen eine detaillierte, fundierte Stellungnahme als Verwaltung abgegeben, auf die ich hier gerne verweisen möchte und auf die ich hier – sofern nicht von Ihnen ausdrücklich der Wunsch geäußert wird – nicht nochmal im Detail eingehen möchte. Wir haben – das nur als ergänzender Hinweis – ja eben schon gesagt eine geänderte Fassung noch des Änderungsantrages der Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler vorliegen. Dort nur der Hinweis, es ergeht auch nochmal schriftlich eine Stellungnahme der Verwaltung dazu, dass auch die Änderung nichts an der Rechtswidrigkeit dieses Änderungsantrages ändert, denn letztendlich kann dann nicht die Vorsitzende darüber befinden, wer sozusagen abweichend vom Gesetz Akteneinsicht nehmen darf und wer nicht. Also aus dieser Zwischenschaltung einer Person wird aus einem gesetzeswidrigem, rechtswidrigem Vorgehen nicht ein rechtmäßiges. Das sozusagen für Sie noch zur Information.

Ansonsten wäre jetzt der Vorschlag, dass wir als ersten Punkt uns über die Verfahrensweise heute hier verständigen, wie sozusagen abgestimmt werden soll, welche Änderungsanträge aufrechterhalten bleiben sollen und wenn ja, in welcher Fassung. Ich habe auch Signale – das vielleicht auch nochmal zum Schluss – dass die SPD ihren Änderungsantrag auch noch einmal ändern möchte. Das sozusagen nur nochmal, dass Sie das im Hinterkopf haben für die weitere Beratung. Ansonsten wäre der Vorschlag der Verwaltung, mit dem großen fraktionsübergreifenden Änderungsantrag – das ist ja der weitest gehende – zu beginnen und dann hätten wir noch weitere Änderungsanträge, die zum Teil mit in dem fraktionsübergreifenden Änderungsantrag enthalten sind, zum Beispiel von Seiten der CDU oder von Seiten der AfD. Dort müsste jetzt von Seiten der Antragsteller natürlich nochmal eine Information kommen, ob und wenn ja, inwieweit Sie diese Änderungsanträge aufrechterhalten wollen. Dann haben wir, wie gesagt, die zwei neuen noch von Hauptsache Halle und SPD in der Abstimmungsreihenfolge und dann hätten wir eine so geänderte Beschlussvorlage abzustimmen, wenn Sie da mit dieser Verfahrensweise einverstanden wären.

Selbstverständlich haben wir noch zwei Änderungsanträge, die ja noch nicht schriftlich begründet worden sind. Nämlich der große fraktionsübergreifende Änderungsantrag und der Änderungsantrag von der Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler und Sie hätten natürlich die Möglichkeit, diese Begründung hier, die ja vorhin mündlich angekündigt worden war, zu geben. Das vielleicht erstmal als Einstieg. Dann könnte jetzt eine Begründung erfolgen, wenn gewünscht ist. Ansonsten würden wir mit der vorgeschlagenen Verfahrensweise zur Einigung schreiten müssen. Danke.

Herr Bürgermeister Geier

So, Herr Schreyer, vielen Dank für die Vorsortierung.
Der Herr Lange hat sich gemeldet.

Herr Lange

Ja, wir haben uns also hingesetzt und fraktionsübergreifend einen Änderungsantrag ausgearbeitet, der die Intentionen, die die antragstellenden Fraktionen geteilt haben und begehrt haben, zu Papier gebracht.

Wir hatten uns als Fraktionen dazu verständigt, dass wir die Änderungsanträge, wenn der große Antrag durchgekommen ist, dann entsprechend zurückziehen. Das wäre jetzt erstmal für das Verfahren. Und dass wir Änderungsanträge, die wir jetzt nochmal separat stellen, dann zu dem Änderungsantrag stellen. Das war erstmal so zum Vorgehen die Überlegung.

Wir haben jetzt in der Stellungnahme der Stadtverwaltung wahrgenommen, dass die Stadtverwaltung Teile dieses Änderungsantrages als rechtswidrig ansieht. Sie begründet das damit, dass bestimmte neue Aufgaben aufgenommen würden, freiwillige Aufgaben, und sie begründet es damit, dass die Geschäftsordnung einzig und allein das innere Verhältnis im Stadtrat und nicht das Verhältnis zwischen Stadtrat und Stadtverwaltung regeln soll.

Das finden wir äußerst misslich, weil wir es bisher auch in der Geschäftsordnung so gehandhabt haben, dass bestimmte Prozesse gemeinsam miteinander geregelt werden, sprich: Wann müssen Anträge da sein? Wann sollen Stellungnahmen da sein? All das wird durch die Stellungnahme der Stadtverwaltung in Frage gestellt.

Wir könnten es jetzt so machen, dass wir das durchziehen, so wie wir das uns vorstellen und könnten dann darauf warten, dass die Stadtverwaltung dazu in Widerspruch geht und dann haben wir ein längeres Verfahren bis hin zum Landesverwaltungsamt und Theater, Theater. Ich halte das nicht für zielführend und ich möchte anregen – müsste dann vielleicht Herr Geier sagen, ob er diese Anregung aufgreift – dass die antragstellenden Fraktionen sich noch einmal gemeinsam hinsetzen mit Herrn Geier als Bürgermeister, der das am Ende politisch entscheiden muss, wie das Verhältnis zwischen Stadtrat und Stadtverwaltung zukünftig ausgestaltet werden soll. Dass wir und gemeinsam hinsetzen und dann gucken, wie wir diesen Änderungsantrag gegebenenfalls nochmal anpassen.

Was ich verhindern möchte ist, dass wir in irgendeiner Weise uns juristisch damit rumschlagen müssen. Das wäre Quatsch. Wir sollten möglichst zu einem vernünftigen Miteinander finden und das in irgendeiner Weise in der Geschäftsordnung regeln.

Sollte das nicht möglich sein, denke ich, können wir ja auch das ein oder andere versuchen durchzusetzen und auszufechten. Ich fände den Weg der gegenseitig ausgetreckten Hand den besseren.

Herr Bürgermeister Geier

Da reagiere ich da gleich sofort drauf: Natürlich strecke ich meine Hand dagegen.

Es ist absolut sinnvoll, wenn man sich bei einem zentralen Thema, wie der Geschäftsordnung, miteinander abstimmt. Ich verweise auch vielleicht nochmal auf die Genese dieser Änderungen, die mit der Geschäftsordnung zusammenhängen.

Da war nämlich vor Monaten mal der Wunsch da, dass man einige Dinge, sagen wir mal, vereinfacht. Man hat da beispielsweise auch mal darüber diskutiert, was man bei der Länge der Sitzungen vielleicht noch tun kann. Und da gab es auch eine gemeinsam abgestimmte Grundlage, die dann an die Ratsfraktionen verschickt wurde und wo es auch teilweise die entsprechenden Rückmeldungen gab, dass man also mit diesen vorgeschlagenen Änderungen, die da aus der Verwaltung vorgeschlagen wurden, mitgehen kann.

Es ist dann hier ein gemeinsamer Antrag entstanden, der 5.2.6. Das ist auch das gute Recht der Fraktionen. Aber selbstverständlich begrüße ich das und da bin ich dabei, dass wir das nochmal miteinander abstimmen.

Ich würde da auch gerne den Herrn Schreyer hinzuziehen und ich will vielleicht aber nochmal einen Punkt erläutern, warum da an der ein oder anderen Stelle eine Rechtswidrigkeit aus Sicht der Verwaltung besteht. Weil nämlich Regelungen des KVG nicht durch eine Geschäftsordnung eines Stadtrates quasi eingeschränkt oder verschlechtert werden können. Ich drücke es mal unjuristisch so aus. Und das führt dann in der Abwägung dazu, dass man einfach dann auch zu diesem Ergebnis kommt punktuell.

Also das vielleicht mal nur so als kurzer Abriss von mir. Aber ich bin selbstverständlich mit dieser Anregung einverstanden.

Da gibt es einen Geschäftsordnungsantrag.

Herr Dr. Bergner

Ich wollte nur nochmal die Rückfrage stellen: Ist denn zu erwarten, dass sich an den Rechtspositionen, die in der Stellungnahme der Verwaltung geäußert wurden, noch irgendetwas ändert? Mir geht es jetzt nur darum, welche Spielräume für die geplante Unterredung überhaupt zu erwarten sind.

Herr Bürgermeister Geier

Also, an den Rechtspositionen wird sich nichts ändern. Aber es ist halt wichtig, dass man nochmal erläutert, warum da hier ein sozusagen rechtliches Problem besteht und insofern ist diese Anregung sehr gut.

Herr Wels, bitte.

Herr Wels

Ja, ich möchte auch nur ganz kurz zu dem gemeinsamen Änderungsantrag sprechen. Aus unserer Sicht befindet sich die Geschäftsordnung unter diesen Änderungsbedingungen auf einem guten Fundament. In dem Zusammenhang – das wollte ich an ihn nur tun: Herr Lange war dort ja federführend in der Organisation, Zusammenkommen, den Dank meiner Fraktion an Sie auszurichten für die Einbindung und auch Möglichkeit der Mitwirkung.

Was aber aus unserer Sicht unbedingt wichtig bleiben muss, weil man ja darüber redet, wie könnte man noch einen Konsens in der weiteren Diskussion finden, ist die Tatsache, dass die digitale Übertragung der Stadtratssitzung und auch der jeweiligen Ausschüsse unbedingt stattfinden muss. Und das hoffentlich auch in einer doch durchaus professionellen Qualität, weil man muss die Öffentlichkeit in die Entwicklungsprozesse von Anträgen und Meinungen unbedingt einbinden. Aber das, was man in der Vergangenheit gesehen hat in der Ulrichskirche, das war für alle Zuschauer, die vor dem Bildschirm saßen, durchaus eine Zumutung, weil Bild- und Tonqualität in keinsten Art und Weise dem Status des Stadtrates in seiner Außendarstellung irgendwie entspricht. Und deswegen: Konsens finden ist wichtig, aber dass man bei diesem Punkt auf jeden Fall dranbleibt und auch von Seiten der Verwaltung mit allen Möglichkeiten signalisiert, dies auch erfüllen zu wollen bei allen Widrigkeiten, die jetzt schon bestehen.

Herr Bürgermeister Geier

Gut, danke. Dann der Herr Dr. Lochmann.

Herr Dr. Lochmann

Bei dem Punkt, den Sie angesprochen hatten, wo das im Widerspruch zum KVG steht: Ich glaube, das ist relativ unproblematisch, dass sich dort sozusagen auch eine Einigung findet. Die Masse der Punkte sind ja abgelehnt worden wegen Mehraufwand, das ist freiwillige Leistung oder es ist eben wir mischen uns sozusagen in das Verwaltungshandeln ein und da würde ich... Ich glaube, das ist auch der Punkt, was Herr Bergner meinte, dass dort wir schon erwarten würden, dass es da auch einen gewissen Verhandlungsspielraum eben über dieses Thema gibt, wie viel Mehraufwand. Wenn also an der Stelle steht, es muss freitags sein und

wir sagen drei Tage vorher, das ist ja nicht wirklich zu erkennen, wo da jetzt sozusagen der große Mehraufwand sein soll zum Beispiel. Und an der Stelle würde ich da schon, ich sage mal, darum bitten, dass Sie sozusagen auch vielleicht eine gewisse Verhandlungsbereitschaft über diese Dinge, wo es um Mehraufwand geht, ist es tatsächlich Mehraufwand und wie viel und so weiter, dass wir da nochmal ins Gespräch kommen.

Herr Bürgermeister Geier

Herr Dr. Lochmann, das mache ich selbstverständlich. Also, ich bin ja keiner, der sozusagen starr irgendwie was sieht. Aber ich bringe mal ein Beispiel.

Wenn im KVG steht, dass also die Verwaltung vier Wochen oder einen Monat Zeit hat, eine Antwort zu liefern und ein Änderungsantrag ändert diesen Monat in unverzüglich, dann hat man eine Situation, wo jeder unverzüglich anders auslegt. Das heißt also, ich könnte dann für die Verwaltung sagen, unverzüglich ist, dass die Antwort in drei Wochen fertig ist und ein Antragsteller, der eine Antwort von der Verwaltung will, der sagt, für mich ist unverzüglich innerhalb von zwei Tagen. Und das ist so ein Beispiel, genau. Ich will das nur mal beispielhaft nehmen, wo ich natürlich die Intention dieser Änderung verstehe, aber wo man dann einfach in eine Interpretationssituation kommt, die weder der Verwaltung noch dem Stadtrat hilft.

Und dann bitte auch eins nicht vergessen: Es ist auch nicht nur eine Frage in dem Verhältnis Stadtrat zu Verwaltung, sondern mit dieser Geschäftsordnung muss jeder Ausschussvorsitzende, jeder Beiratsvorsitzende und auch die Vorsitzenden des Stadtrates arbeiten. Und die haben ja dann sozusagen dieselbe Problematik.

Herr Dr. Meerheim.

Herr Dr. Meerheim

Ja, ich würde trotzdem nochmal auf das eingehen, was Herr Dr. Lochmann gesagt hat, auf das Thema.

Also, es erschreckt mich, wenn Sie sagen, es gibt keinen Handlungsspielraum, weil es gibt an der Stelle Positionen oder Stellungnahmen zu einzelnen Punkten, die mit dieser Position ja sogar geltende Regelungen der Geschäftsordnung quasi in Frage stellen. Da frage ich mich dann schon, worüber wollen wir denn dann noch reden? Das ist nicht bei allen Punkten so, zu denen Sie eine Stellungnahme abgegeben haben, aber bei einigen durchaus. Da erwarte ich dann schon, dass darüber nochmal gesprochen wird, weil wie gesagt, das würde im Übrigen, wenn ich die Stellungnahme ernst nehme, dazu führen, dass selbst die geltenden Regelungen vernichtet werden müssten, rausgenommen müssten aus der Geschäftsordnung. Das kann nicht Sinn und Zweck der Sache sein.

Insofern erhoffe ich, dass in diesem Gespräch eine sachliche Diskussion möglich sein wird und nicht von vornherein sich gesperrt wird gegen das, was wir hier vorgelegt haben und auf der eigenen Position zu hundert Prozent sozusagen beharrt wird, weil das würde unter Umständen also zu dieser Konsequenz führen, die ich gerade vorgetragen habe.

Herr Bürgermeister Geier

Herr Schreyer bitte dazu.

Herr Schreyer

Ja, vielen Dank.

Herr Dr. Meerheim, bitte gestatten Sie mir, nochmal zurückzugehen mit Ihnen gemeinsam zu unserer ersten Lesung vor der Sommerpause.

Dort lag auch schon der Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI vor, der ja im Wesentlichen auch Eingang in diesen fraktionsübergreifenden Änderungsantrag gefunden hat. Im Rahmen dessen hatten wir schon detailliert die einzelnen Punkte besprochen und ich hatte damals – da war der Herr Fraktionsvorsitzende Wolter auch mit zugegen gewesen – sensibel zurückhaltend – wahrscheinlich war ich nicht klar genug, die Stellungnahme lag aber

trotzdem schon vor – darauf hingewiesen, dass wir in der Geschäftsordnung tatsächlich – und das muss ich dann jetzt doch klar aussprechen – Regelungen drin haben, die schon lange, lange Zeit gelebt worden sind, weil man gesagt hat, wir reichen uns gegenseitig die Hand, wir sehen auch die zwingende Notwendigkeit, bestimmte Verfahrensvereinbarungen zu treffen. Das hat man so hingenommen von Seiten der Verwaltung. Ich habe aber darauf hingewiesen, wenn Sie das jetzt verschärfen, dann wird der Punkt überschritten, den man als Verwaltung dann noch hinnehmen kann und dann muss man gegebenenfalls auch auf diese daraus resultierende Rechtswidrigkeit hinweisen.

Dieser Punkt ist mit dem fraktionsübergreifenden Änderungsantrag massiv überschritten worden. Und der fraktionsübergreifende Änderungsantrag – da muss ich Herrn Wels widersprechen – ist für mich jetzt nicht ein Antrag, der die Geschäftsordnung und damit den Stadtrat und seine Ausschüsse weiterbringt. Sondern es ist eine Rückkehr entgegen unserer Abstimmung auf einen Status quo. Es ist eine, wie eben schon gesagt, weitere Maßregelung der Verwaltung in bestimmten Punkten, obwohl Sie das, und das ist nun mal eindeutig so geregelt in der Verfahrensordnung, Ihrerseits nicht treffen können. Und es ist eine Verschlimmbesserung – so deutlich muss ich das sagen – von bestimmten Handhabungen in der Praxis, die es, glaube ich, für die jeweilige Vorsitzende oder den Vorsitzenden schwieriger machen, die Sitzungsleitung halbwegs ordnungsgemäß durchzuführen.

Und deshalb ist die Stellungnahme der Verwaltung so umfassend und so klar, wie sie ist und deswegen wird der Spielraum, wenn Sie auf Ihren Positionen beharren, wahrscheinlich auch nur sehr gering ausfallen. Danke schön.

Herr Bürgermeister Geier

Das war, glaube ich, der Herr Lange und dann der Herr Heym.

Herr Lange

Ich hätte mir gewünscht, dass wir bei den Aussagen von Herrn Geier geblieben wären. Herr Schreyer, damit kann ich überhaupt nicht umgehen. Das sage ich Ihnen ganz ehrlich. Wir müssen irgendwo ein Regelungsinstrument finden, wie Stadtrat und Stadtverwaltung miteinander umgehen können und das war bislang die Geschäftsordnung. Und jetzt zu sagen, wenn wir hier Änderungen vornehmen, die vielleicht nochmal Vorstellungen sind und wenn es nur um einen Tag geht, um eine Stellungnahme. Und das würde jetzt dazu führen, dass wir die ganze Regelung aus der Geschäftsordnung rausnehmen. Weil das wäre schon ein solches Entgegenkommen gewesen.

Dann sage ich Ihnen mal ein Gegenbeispiel zu dem, was Herr Geier uns gerade gesagt hat. Nämlich dass wir eine Anfrage gestellt haben und anderthalb Jahre lang auf eine Antwort warten mussten, weil man gesagt hat, ja wir wollen dazu noch X, Y und Z recherchieren. Das sind die Zeiten, aus denen wir hergekommen sind und aus denen wir gesagt haben als Stadtrat, wir möchten hier ein anderes Verhältnis zur Stadtverwaltung haben, als es bisher gelebt wurde. Und zwar insbesondere Seitens der Verwaltungsspitze.

Und das, was Sie jetzt hier geantwortet haben und das, was Sie aufgeschrieben haben, hat mit diesem Geist. Und das geht so nicht. Und deswegen immer noch mein Vorschlag oder mein Antrag hierzu: Wir vertragen das. Wir setzen uns gemeinsam zusammen und dann gucken wir, wie wir das miteinander vereinbaren können. Und da würde ich wirklich darum bitten, nicht noch damit zu drohen, dass das, was jetzt bereits in der Geschäftsordnung drinsteht, dann auch noch rechtlich angegriffen wird. Das ist keine gute Verhandlungsbasis, ganz ehrlich.

Herr Bürgermeister Geier

Gut, ja. Herr Schreyer.

Herr Schreyer

Bitte gestatten Sie mir eine kurze Klarstellung: Ich habe nicht gesagt, dass wir dann die bestehenden Regeln außer Kraft setzen. Sondern wir sollten den Status quo, so wie Sie es in bestimmten anderen Punkten ja auch wieder herbeiführen wollen, den hätten wir gerne behalten und nicht noch verschlimmbessert. Das war der Credo.

Herr Bürgermeister Geier

Gut, also wie gesagt, ich greife den Vorschlag gerne auf, dass wir uns da nochmal zusammensetzen und über jeden Punkt im Detail sprechen. Da bin ich gerne bereit dazu und er hat jetzt einen Geschäftsordnungsantrag gestellt zu vertagen, genau.

Gibt es da eine Gegenrede? Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek

Ja, da möchte ich dagegenreden.

Also, wir reden jetzt seit ungefähr einer halben Stunde über diesen Tagesordnungspunkt, tauschen Positionen aus, auch gegenseitige Nettigkeiten, Freundlichkeiten aus. Das bringt uns inhaltlich überhaupt nicht voran und ich halte auch nichts davon, jetzt irgendeine neue Hinterzimmerrunde zu gründen, wo das z besprechen ist. Sondern das Gremium, in dem die Geschäftsordnung zu besprechen ist, ist hier im Hauptausschuss.

Ich weiß nicht, was eine gesonderte Runde dazu bringen soll. Lassen Sie uns doch die einzelnen Punkte durchgehen, insbesondere die kritischen. Da können wir uns die rechtliche Position der Stadtverwaltung nochmal anhören. Wenn wir dann meinen, wir sind heute nicht entscheidungsreif, dann können wir es immer noch vertagen. Aber jetzt das Ganze wieder zu schieben in irgendeine nicht legitime Runde, da halte ich gar nichts davon.

Herr Bürgermeister Geier

Gut, das war die Gegenrede. Dann Herr Heym.

Herr Heym

Ja, dann muss ich ja dafür reden.

Ich habe den Eindruck, dass man hier ein Problem auf einer Art rechtlichen Ebene – nämlich der Geschäftsordnung – versucht, zu lösen, wo es nicht lösbar ist. Und zwar an bestimmten Punkten durch Regelungen in der Geschäftsordnung einen Missmut, der da entstanden ist über einen langen Zeitraum, aufzuarbeiten.

Der Vorschlag, dass man sich zusammensetzt, ist eigentlich ein Schritt in die richtige Richtung und deshalb stimme ich auch für den Antrag, auch wenn ich letztlich ebenfalls der Meinung bin, da wird man so viel zusammensitzen können, wie man will. Wenn man diese Art Sprachlosigkeit und Kommunikationsproblem Stadtrat, Fraktionen mit der Verwaltung nicht irgendwie auflöst und zwar außerhalb der Geschäftsordnung, wird dieses Problem fortbestehen und nicht lösbar sein.

Von daher ist das jetzt vielleicht nochmal eine Gelegenheit, sich da jeweils zurückzuziehen und in die Richtung Gedanken zu machen. Weil ich kann die vorgetragene Episode mit der Wartezeit der Beantwortung der Frage durchaus nachvollziehen, sehe auf der anderen Seite aber eben auch die Beschränkungen, was da eine Geschäftsordnung leisten kann diesbezüglich an befriedigenden Ergebnissen.

Von daher ist aus meiner Sicht die Kommunikation zu verbessern und da eine Lösung zu finden, die entsprechend zur Befriedigung beiträgt.

Herr Bürgermeister Geier

Gut. Nachdem jetzt hier der Geschäftsordnungsantrag gestellt ist, würde ich da jetzt nicht weiter irren wollen. Aber da gäbe es schon noch das ein oder andere zu sagen.

Ich würde jetzt diesen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung zur Abstimmung stellen. Wer dem so zustimmen kann, den bitte ich um sein Handzeichen. Gegenstimmen? Enthaltungen? Dann ist bei sechs Ja-Stimmen, drei Gegenstimmen und einer Enthaltung der Vertagung zugestimmt. Gut, vielen Dank.

– Ende des Wortprotokolls –

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.2 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Stärkung des gesellschaftlichen Engagements im Zivil- und Katastrophenschutz
Vorlage: VII/2021/02740

Herr Heym brachte den Antrag ein und bat um Zustimmung.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Bürgermeister Geier** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt ein Konzept zu erarbeiten, welches ehrenamtlich in Halle im Zivil- und Katastrophenschutz ~~organisierten~~ **tätigen** Bürgern kostenfreien Eintritt zur körperlichen Ertüchtigung und Gesunderhaltung in städtische Schwimmbäder und Schwimmhallen gewährt. Eine eventuell gewährte Aufwandspauschale für das Ehrenamt bleibt dabei anrechnungsfrei.
2. Zur Stärkung dieses ehrenamtlichen Engagements wird ~~monatlich~~ **quartalsweise** eine Familienfreikarte für einen ~~gemeinsamen~~ Besuch der ~~Engagierten~~ **aktiven Ehrenamtlichen** ~~gemeinsam~~ mit den Angehörigen im Spaßbad Maya Mare zur Verfügung gestellt.
3. Das Konzept wird im Zuge der Haushaltsberatungen Ende 2021 dem Stadtrat zur Diskussion und Beschlussfassung vorgelegt.

zu 6.4 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Teilnahme am STADTRADELN im Jahr 2022
Vorlage: VII/2021/03219

Frau Jacobi brachte den Antrag ein und bat um Zustimmung.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Bürgermeister Geier** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Stadt Halle (Saale) für das STADTRADELN 2022 anzumelden. Dafür ist ein geeigneter Kooperationspartner zu finden, der in der Organisation und Öffentlichkeitsarbeit unterstützt. Für die geringen Anmeldekosten ist durch die Stadtverwaltung ein Sponsoring sicherzustellen.

**zu 6.6 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion MitBürger & Die PARTEI und der Fraktion DIE LINKE zur Bewerbung für das EU-Programm zur Klimaneutralität bis 2030
Vorlage: VII/2021/03277**

Herr Bürgermeister Geier bat zunächst um Erteilung des Rederechtes für Herrn Lux und Herrn Schneider.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Herr Lange beantragte das Rederecht für Frau Schubert.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Herr Lange brachte den Antrag ein und bat um Zustimmung.

Herr Dr. Bergner bezog sich auf die am 27.05.2020 im Stadtrat beschlossene Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale) und fragte, welche Veränderungen in der Zwischenzeit eingetreten sind, die diesen Antrag und eine damit verbundene Klimaneutralität bis zum Jahr 2030 anstelle des Jahres 2050 notwendig machen.

Herr Lange wies darauf hin, dass der damals bereits eingereichte Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN keine Mehrheit gefunden hat und eine Klimaneutralität bis 2050 nicht zielführend erscheint, um das Ziel von 1,5 Grad zu erreichen.

Frau Mark machte darauf aufmerksam, dass die Stadtverwaltung abseits des EU-Förderprogramms bereits an der Klimaneutralität arbeitet und diese Thematik stets im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung sowie im Stadtrat besprochen wird. Sie wies überdies darauf hin, dass die zu ergreifenden Maßnahmen sozial und wirtschaftlich vertretbar gemacht werden müssen, auch vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage.

Herr Heym pflichtete den Ausführungen von Herrn Dr. Bergner bei. Er wies auf die weitreichenden Folgen für die BürgerInnen hin und sprach sich gegen den Antrag aus.

Herr Dr. Lochmann sagte, dass mit dem Antrag zunächst ein Ziel formuliert werden soll, auf das in den kommenden Jahren im Rahmen der Möglichkeiten hingearbeitet werden soll, jedoch nicht um jeden Preis, sodass zumindest Teilziele erreicht werden können.

Frau Schubert stellte sowohl den Verein HalleZero als auch das EU-Förderprogramm vor. Sie erklärte, dass das Programm „100 climate-neutral cities by 2030 – by and for the citizens“ dem Austausch und der Unterstützung bei der Umsetzung von Klimazielen dienen soll und keine rechtliche Bindung darstellt, sondern lediglich ein Bekenntnis zur Klimaneutralität.

Herr Lux sagte, dass die Energiewende keine Frage des Ob oder Wann darstellt, sondern lediglich eine Frage des Wie. Er erklärte, dass das im Antrag benannte EU-Förderprogramm der EVH und der Stadtwerke Halle GmbH bereits bekannt war und geprüft wurde, im Ergebnis jedoch verworfen wurde.

Der erste Grund dafür liegt bei den beiden Standorten in der Dieselstraße und in Trotha, die für die Stadt Halle (Saale) Strom und Wärme erzeugen. Das Programm sieht vor, dass man große, zentrale Energieversorgungseinheiten aus dem Programm zur Erreichung der 100 % Klimaneutralität herausnehmen kann. Diese Möglichkeit besteht jedoch nur für Kommunen, bei denen die Erzeugungseinheiten nicht in den Händen von Stadtwerken liegen. Dies ist für Halle (Saale) nicht der Fall.

Weiterhin wird in dem Programm festgelegt, dass Fernwärme CO₂-neutral erfolgen soll, wodurch die Standorte nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden können. Ohne Fernwärme aus diesen beiden Kraftwerkstandorten ist keine energetische Versorgungssicherheit für das Stadtgebiet gegeben.

Im Folgenden erklärte **Herr Lux**, dass das Programm Finanzmittel in Höhe von 53 Mio. Euro vorhält, die jedoch ausschließlich für Beratungsleistungen und technische Unterstützung zur Verfügung gestellt werden. Das Programm enthält somit keine Mittel für die durch die Kommunen zu ergreifenden Maßnahmen und Investitionen.

Es ist lediglich die Rede von einem Label, mit dem die Kommission versucht zu erreichen, dass man einen einfachen Zugang zu Finanzierungsquellen erlangt (z. B. KfW, private und öffentliche Investoren). Dies kann jedoch nach Einschätzung von **Herrn Lux** auch ohne dieses Label erreicht werden.

Herr Lux stellte abschließend klar, dass die Energiewende notwendig ist, das Programm jedoch nicht passend für die Stadt Halle (Saale) ist.

Herr Schneider bestätigte die Ausführungen von Herrn Lux und ergänzte, dass die EVH und die Stadtwerke Halle GmbH als Energieversorger eine Vorreiterrolle bei der Dekarbonisierungsstrategie einnehmen und diese weiter mit ambitionierten Zielen ausbauen wollen. Dafür wurden auch andere EU-Förderprogramme untersucht, die zielführend erscheinen und daher wahrgenommen werden. Er benannte hier konkret das Programm *Renewable Energy Directive* und erklärte die Hintergründe für diese Auswahl.

Herr Paulsen erklärte, dass die Stadt Halle einen „Runden Tisch Klimaschutz“ mit verschiedenen Akteuren plant, um möglichst viele Sektoren im Rahmen der Möglichkeiten abzudecken, die zum Erreichen des Zieles der Klimaneutralität beitragen können. Er wies zudem darauf hin, dass die Diskussion fokussiert auf diesen Antrag nicht die Lösung für die Stadt Halle (Saale) darstellt.

Herr Bürgermeister Geier schlug vor, dass sich die entsprechenden Akteure außerhalb der Hauptausschusssitzung zur inhaltlichen Zielsetzung intensiver austauschen.

Frau Ranft nahm diesen Vorschlag positiv auf.

Herr Dr. Bergner merkte an, dass über den Verein HalleZero eine Petition läuft, die voraussichtlich auch den Stadtrat erreichen wird und sprach sich gegen eine heutige Beschlussfassung aus. Zudem äußerte er seinen Unmut über das EU-Förderprogramm.

Frau Mark resümierte, dass das im Antrag benannte EU-Förderprogramm lediglich für Beratungsleistungen dienlich ist, die für die Stadt Halle nicht notwendig sind, da das notwendige Know-how bereits vorhanden ist. Sie sprach sich ebenfalls gegen den Antrag aus.

Herr Dr. Lochmann wies darauf hin, dass das Know-how lediglich für die Sektoren Strom und Wärme vorhanden ist und in anderen Bereichen dringend Nachholbedarf besteht.

Herr Bürgermeister Geier verwies noch einmal auf den benannten „Runden Tisch Klimaschutz“, um in den Austausch mit ansässigen Akteuren zu gehen, anstatt sich von Außenstehenden beraten zu lassen, die keinen direkten Bezug zur Stadt Halle haben.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass er dem Vorschlag von Herrn Bürgermeister Geier folgen möchte und sprach sich gegen eine Abstimmung im Hauptausschuss aus, um eine Verständigung mit den Akteuren bis zur Stadtratssitzung zu erreichen.

Herr Heym gab zu bedenken, dass die Kosten des Klimawandels nicht zu Lasten der BürgerInnen entstehen dürfen.

Herr Lux merkte an, dass auch die großen Wohnungsgenossenschaften der Stadt sowie die beiden kommunalen Wohnungsgesellschaften seit einigen Jahren als Partner in der Energiewende gewonnen werden konnten.

Frau Mark bat darum, im heutigen Hauptausschuss über den Antrag abzustimmen und die Gesprächsrunde mit den entsprechenden Akteuren zu einem späteren Zeitpunkt einzuberufen, da dies vor der Stadtratssitzung nicht vollumfassend möglich ist.

Herr Scholtyssek schloss sich den Aussagen von Frau Mark an und bat um Abstimmung. Er kritisierte überdies die fehlenden Informationen zum Förderprogramm durch die Antragsteller, die sich in ihren Ausführungen lediglich zum Klimawandel äußerten, nicht jedoch zum Inhalt des Förderprogrammes.

Herr Lange sprach sich ebenfalls für den Runden Tisch aus und bedankte sich für die entstandene Debatte, die den Klimawandel in den Fokus rückte. Er wies außerdem klar zurück, dass der Klimaschutz zu Lasten der BürgerInnen ausgetragen werden soll. Dies ist nicht im Interesse der Antragsteller. Er stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte und Abstimmung.

Herr Heym wies darauf hin, dass die Kosten der Klimaschutzpolitik bereits auf den Schultern der BürgerInnen lasten und führte als Beispiel die stetig steigenden Nebenkosten und die Benzinpreise an.

Herr Bürgermeister Geier stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Bürgermeister Geier** um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Halle strebt die Klimaneutralität bis zum Jahr 2030 an und schreibt das entsprechende Klimaschutzkonzept entsprechend fort.
2. Zur Sicherstellung der Finanzierung dieses Ziels beteiligt sich die Stadt an der Ausschreibung „100 climate-neutral cities by 2030 – by and for the citizens“ der Europäischen Kommission mit einer eigenen Bewerbung.
3. Die Stadtverwaltung berichtet bis zum Bewerbungsschluss für das Programm fortlaufend im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung über den aktuellen Stand der Vorbereitungen.
4. Die Bewerbung wird dem Stadtrat rechtzeitig vor Ablauf der Bewerbungsfrist zur Kenntnis vorgelegt.

zu 6.9 Antrag der Fraktion der Freien Demokraten (FDP) zur Prüfung der Zulassung von Bürohunden
Vorlage: VII/2021/02826

Herr Lange wies darauf hin, dass es sich bei den betroffenen Büros nicht um jene mit Besucherverkehr handeln darf und ein Einverständnis von anderen MitarbeiterInnen desselben Büros vorliegen sollte.

Frau Mark brachte den Antrag ein und bat um Zustimmung.

Herr Heym gab zu bedenken, dass die Umsetzung des Antrages zu erheblichen Spannungen am Arbeitsplatz führen kann, wenn beispielsweise neue KollegInnen ins Büro kommen oder sich Haustierbesitzer anderer Art benachteiligt fühlen, die ihr Tier nicht mitbringen dürfen.

Frau Ranft sprach sich gegen den Antrag aus und merkte an, dass dies nicht der Zuständigkeitsbereich des Stadtrates sein sollte.

Herr Dr. Meerheim verwies auf das Selbstorganisationsrecht der Verwaltung und lehnte den Antrag ebenfalls ab.

Frau Mark wandelte den Antrag in eine Anregung um.

Abstimmungsergebnis: keine Abstimmung

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung ~~soll Informationen einzuholen~~ **wird beauftragt zu prüfen** in welchem Rahmen die Zulassung von sog. Bürohunden ermöglicht werden kann. **Ziel ist dabei**, ~~Aufgrund dieser Informationen wird die Verwaltung beauftragt~~ geeignete Regelungen zur Zulassung von Bürohunden **in der Stadtverwaltung** zu formulieren.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Mitteilung zur Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Radweg in der Wörmitzer Straße
Vorlage: VII/2021/03201

Herr Rebenstorf sagte, dass die Prüfung noch nicht abgeschlossen ist und eine Abstimmung mit der Polizei dazu erfolgen wird. Ein Bericht zu Verbesserungsoptionen soll Anfang 2022 vorgelegt werden.

zu 8.2 Mitteilung zur Anregung der AfD- Stadtratsfraktion zur sofortigen Freigabe der Nordstraße für den öffentlichen Straßenverkehr
Vorlage: VII/2021/03172

Herr Bürgermeister Geier wies darauf hin, dass die Freigabe der Nordstraße für den öffentlichen Straßenverkehr bereits erfolgt ist.

zu 8.3 Mitteilung zur Anregung der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Erarbeitung eines Solarleitfadens
Vorlage: VII/2021/03223

Herr Paulsen sagte, dass die Stadtverwaltung die Anregung zur Kenntnis nimmt und ihre Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Photovoltaik auch künftig in Solarprojekte wie die geplante Erstellung eines Solarkatasters integriert.

zu 8.4 Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Dörte Jacobi (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) zur Einrichtung eines Warnschildes in Trotha
Vorlage: VII/2021/03224

Herr Paulsen sagte, dass für ein Warnschild an der Stelle keine Grundlage besteht. RadfahrerInnen dürfen dort nicht langfahren und ein Warnschild würde fälschlicherweise den Eindruck vermitteln, dass es möglich wäre.

zu 8.5 Mitteilung zur Anregung der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Steigerung der Sicherheit auf dem Marktplatz
Vorlage: VII/2021/03187

Herr Paulsen sagte, dass die Verwaltung die Anregung nicht aufgreifen wird, da die Polizei ihre Kontrollen in eigener Zuständigkeit durchführt.

zu 8.6 Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterstützung der Gastronomie durch Einrichtung von „Parklet“-Flächen
Vorlage: VII/2021/02745

Herr Paulsen sagte, dass das Anliegen bereits im Frühsommer in den Ausschüssen diskutiert und dort abgelehnt wurde. Eine Umwidmung zur Einrichtung dieser Flächen ist nicht notwendig, da dieses Vorgehen bereits an manchen Stellen praktiziert wird.

**zu 8.7 Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Errichtung von Sitzbänken rund um den Niedersachsenplatz
Vorlage: VII/2021/03205**

Herr Rebenstorf sagte, dass kurzfristig die Finanzierung einer Übergangslösung geprüft wird und gleichzeitig über das Programm Sozialer Zusammenhalt für das Grüne Band in der Mitte des Wohngebietes Fördermittel beantragt werden, sodass im Jahr 2022 mit dem Wettbewerb begonnen werden kann, 2023 die Planungen beginnen können und bis 2025 eine Umsetzung im Rahmen einer Umgestaltung erfolgen kann.

**zu 8.8 Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu alternativ betriebenen Bussen
Vorlage: VII/2021/03206**

Herr Rebenstorf sagte, dass die HAVAG dieses Anliegen bereits umsetzt und momentan drei Elektrobusse angeschafft werden.

**zu 8.9 Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bodenleitsystem auf dem Marktplatz
Vorlage: VII/2021/03207**

Herr Rebenstorf sagte, dass die Anregung von der Verwaltung aufgegriffen wird und eine Umsetzung samt Finanzierung momentan geprüft wird. Im ersten Halbjahr 2022 wird eine Information dazu erfolgen.

**zu 8.10 Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Gefahrensituation am Robert-Franz-Ring und am Steintor
Vorlage: VII/2021/03216**

Herr Paulsen sagte, dass die Markierung am Robert-Franz-Ring kürzlich aufgebracht wurde und nicht mehr auf den Gehweg führt. Die Markierung in der Berliner Straße wurde innerhalb der Verkehrsunfallkommission abgestimmt und umfasst den Bereich des Spurwechsels und ist daher ausreichend.

zu 8.11 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Kay Senius (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zum Stadion 6

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass die Anregung aufgenommen wird und die Hinweise zum Verwaltungsbriefkasten am Stadion 6 verbessert werden. Im Zuge des geplanten Umbaus des Objektes in 2022 wird zudem ein Fristenbriefkasten installiert.

zu 9 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

zu 9.1 **Herr Dr. Lochmann zum EB Kita**

Herr Dr. Lochmann bezog sich auf den Stadtratsbeschluss vom 24.02.2021 zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einbeziehung des Betriebsausschusses des Eigenbetrieb Kindertagesstätten in die konkreten Planungen bei Neubauvorhaben und Sanierungen (VII/2021/02248) und fragte, wann dazu Informationen im Stadtrat erfolgen.

Frau Brederlow sagte, dass der Stadtrat eine Information erhält, sobald die Abstimmungen mit der BMA abgeschlossen wurden.

zu 9.2 **Herr Dr. Meerheim zu einem Fußgängerüberweg an der Scheibe A**

Herr Dr. Meerheim fragte, ob der vorübergehende Fußgängerüberweg für die Zeit der Bauphase an der Scheibe A dauerhaft erhalten bleiben kann.

Herr Rebenstorf sagte, dass der Fußgängerweg angelegt wurde, da während der Bauphase der Fußgängertunnel gesperrt war. Dieser ist nun wieder nutzbar, soll aber langfristig zurückgebaut werden. Er sagte eine Prüfung zur Einrichtung des Fußgängerüberweges zu.

zu 9.3 **Herr Dr. Meerheim zu einem Bauprojekt in der Saalwerderstraße**

Herr Dr. Meerheim fragte, worum es sich bei dem Bauprojekt in der Saalwerderstraße handelt und ob die Stadtverwaltung davon Kenntnis hat.

Herr Rebenstorf sagte eine Prüfung zu.

zu 9.4 **Herr Scholtyssek zur Tempo 30 Initiative des Deutschen Städtetages**

Herr Scholtyssek bezog sich auf die Tempo 30 Initiative des Deutschen Städtetages und fragte, warum der Stadtrat nicht beteiligt wurde, als die Stadt Halle der Initiative beigetreten ist.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass in der Fraktionsvorsitzendenrunde darüber berichtet wurde und eine Abwägung zum Beitritt innerhalb der Verwaltung getroffen wurde, da es sich um eine Thematik des übertragenen Wirkungskreises handelt.

zu 9.5 Frau Jacobi zu einer Stellenbewertung

Frau Jacobi bezog sich auf die Stellenausschreibung „KordinatorIn IT macht Schule“ und fragte, warum die Stelle nicht entsprechend des Stadtratsbeschlusses mit der Entgeltgruppe 11, sondern mit der Entgeltgruppe 9c ausgeschrieben wurde.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass der Stadtrat Eingruppierungskriterien, die zu einer konkreten Vergütungsgruppe führen, nicht beschließen kann. Die Verwaltung hat eine entsprechende Stellenbeschreibung im Sinne der Beschlusslage mit Inhalten definiert. Die Bewertung nach Eingruppierungskriterien des TVöD hat im Ergebnis zur Eingruppierung in die Entgeltgruppe 9c geführt.

Frau Jacobi wies darauf hin, dass gemäß Stellenplan die Entgeltgruppe 11 vorgesehen ist.

Herr Bürgermeister Geier sagte eine Prüfung zu.

zu 9.6 Frau Mark zu Verkehrszählungen

Frau Mark bezog sich auf die bis zum 25.11.2021 Verkehrszählungen im Stadtgebiet und fragte, welcher Zweck damit verfolgt wird und welche Repräsentanz das Ganze hat aufgrund der zahlreichen Baustellen, die das Ergebnis verfälschen.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Baustellensituation immer gegeben ist, unabhängig von der Anzahl. Die wesentlichen Verkehrsbeziehungen funktionieren momentan jedoch gut. Die Zahlen dienen dazu, wieder einen aktuellen Stand zu haben, wie sich Prognosen entwickelt haben und um eine Basis für weitere Planungen zu schaffen.

zu 9.7 Frau Ranft zur Entschädigungssatzung

Frau Ranft fragte, wann die Beschlussfassung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger erfolgt.

Herr Paulsen sagte, dass dies für Dezember vorgesehen ist.

zu 10 Anregungen

zu 10.1 Frau Jacobi zum Baustellenschild am Stadthaus

Frau Jacobi regte an, das Baustellenschild am Stadthaus besser sichtbar anzubringen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, beendete **Herr Bürgermeister Geier** die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Egbert Geier
Bürgermeister

Maik Stehle
Protokollführer